

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,85 M.;
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pf. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
 (Girisch-Dunder)
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
 Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 59.

Berlin, Sonnabend, 24. Juli 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Deutsche Arbeiter, trinkt keinen Fusel mehr! — Die Gewerkevereine seit 1901. — Ministerwechsel in Frankreich. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen-Teil.

Deutsche Arbeiter trinkt keinen Fusel mehr!

Die vom Zentrum den Konservativen angebotene Erneuerung und Erhöhung der Liebesgabe an die Brautweinbrenner war der Preis, für den die Konservativen mit dem Zentrum die sogenannte Finanzreform gemacht haben. Bier, Brautwein, Kaffee, Tee, Tabak und Zigarren, Streichhölzer usw. werden als Waren des Massenverbrauchs erheblich im Preise gesteigert. Die Armen sind belastet worden, um die Reichen schonen zu können! Da richten wir die ernste Frage an die deutschen Arbeiter, ob sie dazu beitragen wollen, daß diese Politik zugunsten reicher Liebesgabenempfänger zum Erfolge geführt wird. Das sollte unter allen Umständen nicht geschehen! Viele Menschen trinken schon gar keine alkoholischen Getränke mehr. Aber die allerdings weit größere Zahl deutscher Arbeiter, die einen erfrischenden Trank gefunden Bieres nicht entbehren mögen, die auch die anregende Wirkung einer Zigarre oder einer Pfeife Tabak nicht missen wollen, auch fürderhin mit der Familie eine Tasse Kaffee oder Tee trinken möchten, sollten sich sagen, daß der Brautwein entbehrlich werden kann. Es müßte von ihnen angefordert werden ihnen verübten steuerlichen Mißhandlung die Barole ausgeben: von nun ab keinen Tropfen Fusel mehr über die Lippen zu bringen! Will man die Brauer und die Tabakarbeiter nicht leiden lassen unter den Folgen der unglücklichen Gesetzgebung, so ist das zu verstehen. Liebesgaben empfängt keiner von ihnen. Den Fusel aber, der ohnehin ein Gift ist, das schon Millionen von Menschen körperlich und moralisch zugrunde gerichtet hat, den sollten wir Arbeiter trinken müssen? Nein und abermals nein! Wie die Best sollte von nun ab der Schnaps gemieden werden. Die deutschen Arbeiter sollten es entschieden ablehnen, die den Spiritusbrennern von Geistes wegen — wir leben in einem Rechtsstaat! — zugesprochene Liebesgabe aus ihren Taschen aufzubringen. Die deutsche Arbeiterschaft sollte es sich schwören, daß auch nicht einer unter ihr fernerhin auch nur noch einen einzigen Tropfen Fusel trinkt. Diejenigen, die nicht stark genug sind, diesen Schwur zu halten, müßten von den sittlich starken Kameraden immer wieder ermahnt werden. Auch unsere deutschen Frauen würden hier mit liebem Wort

viel erreichen können. Die Liebesgabenempfänger dürfen nicht noch den Triumph erleben, daß das deutsche Volk, auf dem sie so rücksichtslos herumgetrampelt haben, sich ihm freiwillig tributpflichtig macht. Deutsche Arbeiter, überlegt unsern Vorwurf, und wenn er eure Zustimmung finden kann, dann ruft es laut hinaus und sagt es eindringlich in jedem Haus: Trinkt keinen Fusel mehr!

Die Gewerkevereine seit 1901.

Bereits in Nr. 46 des „Gewerkeverein“ brachten wir eine eingehende Tabelle über die Finanzen der Deutschen Gewerkevereine im Jahre 1908. Zahlen über die Mitgliederbewegung konnten wir damals noch nicht anfügen, weil einige Mitteilungen darüber noch ausstanden und wir Bruchstücke nicht der Öffentlichkeit unterbreiten wollten. Daß die verehrlichen Gegner daraus Kapital zu schlagen versucht haben, ist bekannt. Sie bedurften einiger Beruhigungspulver für ihre Mitgliedschaften, um diese über den eigenen Mitgliederverlust hinwegzutäuschen. Herr Adam Stegerwald in Köln veründete den Mitgliedern der christlichen Gewerkevereine schon triumphierend, die Gewerkevereine seien unter Hunderttausend herabgegangen. Nachdem die Herren so allerwege ihre geheimgelten Wünsche verraten, müssen wir ihnen eine Enttäuschung bereiten. Was uns herzlich leid tut. Die Mitgliederzahl der einzelnen Gewerkevereine und die Zahl der Ortsvereine betrug am 31. Dez. 1908:

Name des Gewerkevereins	Zahl der	
	Ortsvereine	Mitglieder überhaupt
1. Maschinenbau- u. Metallarbeiter	740	87 076
2. Kaufleute	217	18 173
3. Fabrik- und Handarbeiter	349	15 256
4. Holzarbeiter	157	5 405
5. Textilarbeiter	88	6 381
6. Schuhmacher und Lederarbeiter	133	5 250
7. Schneider	95	4 473
8. Bergarbeiter	60	2 064
9. Graphische Berufe und Maler	58	1 708
10. Zigarren- und Tabakarbeiter	35	1 900
11. Töpfer und Ziegler	47	1 725
12. Bauhandwerker	40	768
13. Gemeindeführer	6	1 189
14. Frauen und Mädchen	32	698
15. Bildhauer	14	316
16. Roubdoren	7	187
17. Schriftsetzer	6	418
18. Eisenbahner	1	120
19. Brauer	9	1 021
20. Steinarbeiter	1	137
21. Receptschläger	1	48
22. Wärter	1	70
23. Handbehilfsarbeiter	2	164
24. Selbständige Berufe	1	131
	2065	105 633

Zwischen hat der Gewerkeverein der Eigenbahner, der am Jahreschlusse gerade im Entstehen war, eine Reihe neuer, teilweise starken Ortsvereine gegründet. Auch schlossen sich weitere Brauervereine inzwischen dem Verbands an.

Am Jahreschlusse 1907 wiesen die Mitgliederlisten der Gewerkevereine die Zahl 108 889 auf. Es ist mithin eine Abnahme von 3256 Mitgliedern zu verzeichnen. Anfangs abgelehnt, dann dem Betreuen verächtlich eingeträufelt, müssen nun auch die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkevereine einen starken Rückgang ihrer Mitgliederzahl anerkennen. Gerne tun sie es nicht. Ginge es nach ihrem Willen, sie zögen vor, in Schönheit zu sterben, aber die Öffentlichkeit glauben zu lassen, ewiges Leben blühe in Babylon. Aber Zahlen sind harte Dinge und sie haben folgendes in die Tafeln der Geschichte eingetragen. Der Mitgliederverlust beträgt in 1908:

bei den Deutschen Gewerkevereinen	3256 = 3 Proz.
bei den sozialdemokratischen Gewerkevereinen	75 183 = 4 Proz.
bei den christlichen Gewerkevereinen	23 882 = 8,3 Proz.

Die Gründe des Rückganges werden bei allen Richtungen so ziemlich dieselben sein: Die Krise und nicht zuletzt, eine gewisse Treibhauskultur in den Jahren 1903—1907, deren Wärme unter dem Geranwachsen der Unternehmerorganisationen sich verflüchtigt hat.

Ueber die Bewegung der Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestand seit dem Jahre 1901 gibt untenstehende Tabelle Auskunft.

Diese Tabelle enthält viele, besonders für den Führer wichtige Lehren. Die Bewegung der Einnahmen vor allem zeigt eine ziemlich starke Steigerung der Opferwilligkeit. In den materiellen Leistungen spiegelt sich mit in erster Linie die wachsende Kraft der Organisation ab. Daß bei andern Verbänden die Opferwilligkeit noch schneller gestiegen ist, wissen wir schon früher nach. Das Jahr 1908 hat nun zweifellos einen Stillstand in der Entwicklung größerer Opferwilligkeit gebracht. Nötig war das, auch trotz der Krise, keineswegs. Und wir wollen wünschen, daß das laufende Jahr wieder ein Anwachsen der Leistungsfähigkeit bringt. Mit der allgemeinen Entwicklung müssen wir unbedingt Schritt halten. Sie prägt sich in einem starken Wachstum der Unternehmerverbände, in dem Gerannähern der Entscheidungskämpfe auf tariflichem Gebiet in einer Reihe von Berufen aus.

Am erfreulichsten ist die Vermögensentwicklung in den Gewerkevereinen. Es beträgt pro Kopf der Mitglieder: das reine Gewerkevereinsvermögen 16,95 M., Gesamtvermögen 39,89 M., bei den christlichen Gewerkevereinen 10,40 M. Die Zahlen der sozialdemokratischen Gewerkevereine stehen noch aus. Von der Konkurrenz wird

Jahrgang	Einnahme Gewerkevereine		Gesamteinnahmen in allen Kassen		Ausgaben Gewerkevereine		Gesamtausgabe in allen Kassen		Vermögen des Gewerkevereins		Vermögen der Krankenkasse		Vermögen der Begräbnis-kasse		Gesamtvermögen in allen Kassen	
	insgesamt	pro Kopf	insgesamt	pro Kopf	insgesamt	pro Kopf	insgesamt	pro Kopf	insgesamt	pro Kopf	insgesamt	pro Kopf	insgesamt	pro Kopf	insgesamt	pro Kopf
1908	1 516 173,70	14,35	2 604 892,73	25,51	1 420 197,62	13,53	2 619 188,13	24,80	1 789 699,15	16,95	1 206 512,82	1 214 200,92	4 210 412,80	30,89		
1907	1 541 359,08	14,15	2 819 000,07	25,88	1 434 343,46	13,17	2 602 626,72	23,90	1 571 674,17	14,43	1 185 561,96	1 033 080,04	3 968 940,80	30,45		
1906	1 404 072,28	11,87	—	—	1 400 181,85	11,81	—	—	1 818 415,16	11,12	1 372 350,64	935 316,44	3 626 082,24	30,00		
1905	1 336 650,54	11,41	—	—	1 220 178,27	10,42	—	—	1 894 999,11	11,90	1 279 028,06	823 045 11	3 497 080,28	29,86		
1904	1 069 735,93	9,56	—	—	1 035 758,88	9,25	—	—	1 398 285,06	12,50	1 381 480,61	642 077,76	3 421 790,43	30,58		
1903	929 412,14	8,43	—	—	885 173,28	8,08	—	—	1 246 577,41	11,31	1 287 495,35	777 674,66	3 381 746,42	30,23		
1902	800 434,12	7,79	—	—	773 702,86	7,54	—	—	1 289 529,62	12,58	1 258 704,00	672 786,83	3 220 999,95	31,50		
1901	720 962,41	7,46	—	—	714 897,18	7,40	—	—	1 308 074,15	13,51	1 006 044,07	772 416 52	3 146 584,74	32,50		

heftig dagegen gewettert, daß wir seit einigen Jahren Einnahmen, Ausgaben und Vermögen im Gewerbeverein und in allen Klassen nebeneinander stellen. Wäre sie nicht vom Reid verblendet, könnte sie uns eher Normirer machen. Daß wir nicht schon viel früher so verfahren sind. Wenn sich die christlichen Gewerkschaften Mitglieder usw. zählen, die nicht zu ihnen gehören, nicht einmal zu ihnen gehören wollen, dann halten sie das für selbstverständlich und richtig. Und haben es seit Jahren mit den „außerhalb des Gesamtverbandes stehenden christlichen Arbeiterorganisationen“ zu getrieben. Führen die Gewerkschaften Gelder mit auf, die ihre Mitglieder an sie, d. h. an aufs engste mit den Gewerkschaften in Verbindung stehende Klassen zahlen, dann soll das Vorzugsgeld falscher Tatsachen sein. Auch für die Berechnung des Gesamtvermögens gilt das. Daß Kranken- und Sterbefassenvermögen nicht ohne weiteres für Gewerkschaftszwecke verwendet werden kann, wußte sogar „der kleine Junge“, der in einer großen Bergarbeitervereinigung einen falschen Kostenabluß veröffentlicht hatte. Dies Schicksal teilt das Kranken- und Sterbefassenvermögen aber mit den Geldern, die z. B. der sozialdemokratische Metallarbeiterverband für zwei eigene Verbandshäuser (Stuttgart und Berlin) mit eigenen Druckereien festgelegt hat. Wehlich der christliche Gewerbeverein der Bergarbeiter und der sozialdemokratische Bergarbeiterverband. Von Klamotten, alten Maschinen und Tapeten kann z. B. auch kein sozialdemokratischer Metallarbeiterverbändler während eines Streiks leben.

Ministerwechsel in Frankreich.

Ein Ministerwechsel in Frankreich hat auch für die deutschen Arbeiter großes Interesse. In der französischen Republik kommen selbst die radikalsten Elemente in die Regierung und das letzte Ministerium Clemenceau war ein ganz besonders radikales. Der Ministerpräsident selbst war ein Revolutionär und zwei andere Minister waren entschiedene Sozialisten. Einer von diesen, Briand, hat sich übrigens so bewährt, daß er alle Aussicht hat, in dem neuen Ministerium die Führung zu bekommen. Freilich, weder Clemenceau noch Briand noch Viviani, haben von ihren ehemaligen Ansichten nichts zur Geltung gebracht. Ganz im Gegenteil. Nur ihre Vergangenheit war revolutionär, in ihren ministeriellen Sandlungen gleichen sie zumeist eher rechts- als linksstehenden Politikern. Zweifellos war aber Clemenceau, wenn auch kein Staatsmann, so doch ein sehr geschickter Mensch, der es bis dahin auch immer rechtzeitig genug merkte, wenn ihm von seinen Gegnern ein Bein gestellt wurde. Als man ihm in der Kammer einmal den Vorwurf machte, daß er keine seiner politischen Versprechungen gehalten habe, stellte er mit seiner Ironie die Frage, welche Regierung denn jemals ihre Versprechungen gehalten habe? Man nannte ihn einmal einen Tagespolitiker, dem der große Bug fehle, denn er lebe nur von der Hand in den Mund. Zeigen sie mir ein Ministerium, das je anders gelebt hätte, war seine Antwort.

In der Debatte über die Marinefrage erreichte nun auch ihn sein Schicksal. In der französischen Marine folgte ein Unglücksfall dem anderen. Abg. Delcassé, der unter Clemenceau selbst noch Minister gewesen war, damals aber bei der Maroffoffäre von seinem Sessel fiel, hatte die Kammer hinter sich, als er eine gründliche Untersuchung der Ursachen für die Unfälle in der Marine verlangte. Als Minister wollte Delcassé die Engländer engagieren zu einem gemeinsamen Kriege gegen Deutschland. Das kam noch rechtzeitig in die Öffentlichkeit und so war es für ihn zu Ende mit der Ministerherrlichkeit. Clemenceau hatte ihn gestürzt. Nun konnte er Kade nehmen. Die Untersuchungskommission über die Angelegenheiten der Marine stellte allerdings merkwürdige Dinge fest. Rades war es unrecht, dafür das gegenwärtige Ministerium allein verantwortlich zu machen. Die Sachen lagen genau so auch schon unter etlichen der vorhergegangenen Ministerien. In der Debatte wurden die Dinge noch schärfer pointiert. So wurde darauf hingewiesen, daß ein Linienschiff von 18 000 Tonnen in Frankreich 11-12 Millionen Mark mehr koste als in England. Ein anderer wieder wies darauf hin, daß Frankreich Schiffe besitze, die aber entweder keine Kanonen, oder aber die Kanonen keine Munition hätten. Es bestche eine so große Unordnung und Desorganisation in der Marineverwaltung, daß die Marine auch nicht die geringste Garantie für die Schlagfertigkeit der Seearmee böte.

Die Regierung versprach, es sollte alles in besserer Weise erledigt werden. Eine Tagesordnung, mit welcher die Bestimmungen der Unter-

suchungskommission anerkannt und ihre Forderungen gebilligt wurden, in der aber auch das Vertrauen zum Ausdruck kam, daß die Regierung die Marine reorganisieren werde, fand nicht die Priorität vor derselben Tagesordnung, die noch den Ausdruck des Bedauerns darüber enthielt, daß die Regierung bisher nichts getan habe, um den Zustand zu bessern. Clemenceau verlangte die Annahme der Tagesordnung ohne Tadel und warf Delcassé, dessen Rat schläge er ablehnte, vor, „daß Delcassé als Minister eine Politik gemacht habe, die Frankreich zur tiefsten Erniedrigung geführt habe“. Diese Bemerkung verletzete das in jedem Franzosen stark entwickelte nationale Empfinden der Deputierten. Zur Abstimmung über die eine der beiden Tagesordnungen selbst kam es gar nicht. Die von der Regierung verlangte Priorität (gleich Vorzug in der Abstimmungsfolge) für die Tagesordnung ohne Tadelstimmum wurde mit 212 gegen 176 Stimmen abgelehnt. Darauf erhoben sich unter Führung von Clemenceau sämtliche Minister und verließen den Saal.

Das französische Parlament hat 590 Mitglieder, im Sitzungssaal ist Platz für die Hälfte. Dieser Umstand mag es veranlaßt haben, daß es nach der Geschäftsordnung zulässig war, sich bei der Abstimmung durch einen Kollegen vertreten zu lassen. Auch wenn nur ganz wenige Abgeordnete an den Verhandlungen teilnahmen, wies die Gesamtstimme doch immer 590 Stimmen auf. Ein Mitglied der Fraktion konnte gleich für seine sämtlichen Fraktionskollegen die Stimmzettel auf einmal abgeben. Die Lässigkeit sehr vieler Abgeordneter beschränkte sich daher darauf, die 15 000 Frs. Jahresdiäten zu kassieren. Die reaktionäre Presse arbeitete nun seit Jahren daran, das radikale Parlament bei der Wählerschaft in Mißkredit zu bringen. Sie wies darauf hin, daß die guten Wähler sich irrten, wenn sie glaubten, daß ihr Abgeordneter sich im Schweiße seines Angesichts um ihr oder des Staates Wohl bemühe. Eine ganze Reihe von Namen wurden genannt, deren Träger irgendwo ihre Diäten verzehrten, sich aber um das Parlament überhaupt nicht kümmerten. Freilich, wir können nicht sagen, daß so etwas bei uns nicht vorkäme. Im Preussischen Landtag gibt es eine große Zahl von Leuten, die es ebenso macht. Im Deutschen Reichstage müssen sich die Vertreter des Volkes einer Kontrolle unterziehen, die ungefähr gleichkommt der Markenkontrolle an den Fabrikengängen. Jeder Abgeordnete muß sich in eine Liste einzeichnen, und auch dann, wenn er dies getan hat, aber an einer an demselben Tage stattfindenden namentlichen Abstimmung nicht teilgenommen hat, werden ihm die Diäten für diesen Tag gestrichen. Diese Kontrolle stellt ein häßliches Mißtrauen dar gegen Männer, die durch das Vertrauen der Wähler Abgeordnete geworden sind. Leider ist das Mißtrauen berechtigt, denn es würde auch M. d. R. geben, die ruhig die Diäten einstecken, ohne das Mandat durch Anwesenheit auszuüben.

Und nun hat vor wenig Tagen, nämlich am 17. Juli, die französische Kammer die gleiche Kontrolle eingeführt. Das wäre niemals beschlossen worden, wenn die Abgeordneten alle persönlich an der Sitzung teilgenommen hätten. Jetzt konnten so die Stimmen der abwesenden Abgeordneten noch durch die von ihnen Beauftragten abgegeben werden. Mit 495 gegen 14 Stimmen wurde der anfänglich gar nicht erst gemeinte Antrag, an jedem Sitzungstage auf den Tisch rechts und links vom Präsidenten Präsenzialisten aufzulegen, die von den anwesenden Mitgliedern unterzeichnet und im „Staatsanzeiger“ nach dem Sitzungsbericht veröffentlicht werden müssen, angenommen. Anwesend waren 299 Deputierte. Die Sache wurde noch verschärft durch die Annahme eines weiteren Antrages, daß bei einer Abstimmung nur diejenigen Stimmen der Deputierten gültig sind, die sich in die Präsenzialiste einzeichnen haben. Von nun an können auch die französischen Wähler den Eifer ihrer Abgeordneten genau kontrollieren.

Welche Wirkungen diese Erneuerung haben kann, zeigt zunächst der Sturz des Ministeriums Clemenceau. Gätten, wie dies noch vor dem 17. Juli möglich gewesen wäre, die Anwesenden auch für die abwesenden Abgeordneten mitstimmen können, so wäre das Ministerium Clemenceau vielleicht noch heute in Funktion.

Zieht man die Bilanz des verfloffenen Ministeriums, das drei Jahre und vier Monate Frankreich regierte, so muß festgestellt werden, daß von den guten Absichten, die Clemenceau mitbrachte, nichts bewirkt worden ist. In seinem Regierungsprogramm wollte er gar vieles verwirklichen von dem, was der Radikalismus anstrebte. Steuerreform mit gerechter Verteilung

der Lasten, Vereinfachung der Verwaltung, Reform des Wahlrechts, Beamtengelei, Einführung einer Arbeiterversicherung, Aufhebung der Todesstrafen und der Kriegsgerichte, Verstaatlichung der Eisenbahn usw. Verwirklicht worden ist nur die Verstaatlichung eines Teils der Eisenbahnen, nämlich der Westbahn. Und das ist so schlecht ausgeführt worden, daß es wohl kaum zu weiteren Verstaatlichungen kommen wird. Die Stimmung dafür ist jedenfalls unter Null gedrückt worden. Alle übrigen guten Absichten sind entweder solche geblieben, oder sie beschäftigen noch die Kammer oder den Senat oder sie sind schon vorab ganz abgetan.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 23. Juli 1909.

Vom Kampfe für die Verhältniswahl bei den Gewerbegerichten. In Danzig ist auf Antrag unseres Ortsverbandes das Verhältniswahlsystem zu dem dortigen Gewerbegericht eingeführt und kommt bei den nächsten Wahlen im Laufe dieses Jahres zur Anwendung. In einer Vollversammlung der Gewerbegerichtsbesitzer haben die Arbeitgeber einstimmig und von den 25 Arbeitgeberbesitzern 9 ihre Zustimmung zur Verhältniswahl erteilt. Das vorgesehene Statut für das System der gebundenen Listen ist nach Berliner Art. Die Namen der Kandidaten dürfen auf den Wahlzetteln überhaupt nicht genannt werden, sondern nur die Nummern der Listen. Interessant und wichtig ist es auch, wie die Frage der Wählerlegitimation geregelt ist. Der Magistrat hat sich auf unsern Vorschlag dem Leipziger System angeschlossen, d. h. es werden von Amts wegen Postkarten ausgegeben, auf die jeder einzelne Wähler seine Personafotografie schreiben hat. Diese Postkarte sendet er dem Magistrat ein, der stellt daraus eine Wählerliste zusammen und übermittle die Karte nun mit Ordnungsnummer versehen, wieder den Wählern. Diese Karte gilt als Wahltag als Legitimation.

Interessant sind auch die Kämpfe um das Verhältniswahlsystem in Hamburg. Auch dort hatten unsere Kollegen den Antrag auf Einführung der Verhältniswahl gestellt. Als der Antrag in der Bürgerkammer zur Verhandlung kam, waren anfänglich die meisten Parteien bereit, dafür zu stimmen, auch der sozialdemokratische Redner erklärte sich für das Verhältniswahlsystem, fügte aber hinzu: „Was wir auf der Arbeiterschaft verlieren, das werden wir auf der Arbeitgeberseite doppelt gewinnen.“ Das brachte die Arbeitgeberelemente in den Parteien zum Wanken, sie überließen die ganze Frage einem Ausdick, in dem nun die Sache vermulich begraben wird, d. h. wenn sich irgendjemand nicht unsere Kollegen energisch für die weitere Verwertung des Antrages ins Zeug legen.

Wir leben in einer glücklichen Zeit, Arbeitslosigkeit gibt es nicht, im Gegenteil, es fehlt überall an Arbeitern, wenn die Arbeiter bloß nicht so „arbeitscheu“ wären. So sieht es gegenwärtig auf dem Arbeitsmarkte aus, wenn man für wahr hält, was die „Deutsche Industriezeitung“ wörtlich veröffentlicht:

Ungehobene Arbeitslosigkeit. Einer der bemerkenswertesten Jüge in den Berichten der amtlichen Handelsvertretungen über das Wirtschaftsjahr 1908 ist die Meldung, daß kaum irgendwo die Löhne nennenswert zurückgegangen sind. Derselbe Zug wird in den wirtschaftlichen Schriften der sozialdemokratischen Revisionisten hervorgehoben. Sie schreiben ihn der Stärke der Arbeitervereinigungen zu. In Wirklichkeit erklärt er sich aus der Tatsache, daß in vielen Bezirken eher Lohnarbeiter mangelt als Lohnarbeiterüberschuß war, daß zahlreiche Betriebe im Jahre 1908 ihre Lohnarbeiterzahl verstärkt haben, statt sie herabzusetzen, und daß in manchen Gegenden nicht einmal die Nachfrage nach Lohnarbeitern befriedigt werden konnte. Arbeitslosigkeit, so lesen wir in der „Südwestdeutschen Wirtschafts-korrespondenz“, gab es im großen und ganzen nur in denjenigen Städten, welche sogenannte Arbeitslosenunterstützungen zahlten. Dort sammelt sich naturgemäß das arbeitsscheue Gesindel, das lieber mit 2 Mark den Tag darbt, als für 4 Mark den Tag arbeitet. Die Arbeitslosenunterstützung züchtet erst die Arbeitsscheuen und damit die Arbeitslosen. Während Köln und Straßburg sich leider den Luxus gestatten, ein paar Tausend Arbeitsscheue aus öffentlichen Mitteln zu füttern, leidet das zwischen beiden gelegene südwestdeutsche Kohlen- und Eisengruben- und Lohnarbeitermangel. 1908 ist nicht nur die Belegschaft des staatlichen Steinkohlenbergbaues an der Saar erheblich vermehrt worden (um 22891), sondern auch die Belegschaft der eisenerzgewinnenden Kohlengruben, der südwestdeutschen Eisengruben und des Lothringers Kinnetbergbaues, und um das zu erreichen, haben von allen Seiten Lohnarbeiter herangezogen werden müssen. Trotzdem ist das nicht in

dem erforderlichen Maße gelungen. Obwohl im Vorkriegs-er Quartalsbesitz Durchschnittslöhne von 6,50 Mark für Deiner bezahl werden, ist es bisher nicht möglich gewesen, der Nachfrage nach Bauern zu genügen. Auch an sonstigen Lohnarbeitern herrscht durchaus Mangel. Das galt schon von dem ganzen Winter 1908/09 und gilt von der Gegenwart in verstärktem Maße. Ob die Sozialfunktionalität endlich lernen wird, darauf zu verzichten, mit ihren Mitteln im Wirtschaftsleben herumzupfuschen und ihm das Schaffen zu erschweren?

Nur ein vom tiefsten Maß gegen die Arbeiter befehlter Mensch kann dieses Zeug geschrieben haben. Mindestens hätte man erwarten dürfen, daß ein Mensch, der mit soviel souveräner Sicherheit Behauptungen aufstellt, die Dinge etwas genauer geprüft hätte. Bedauern müssen wir es lebhaft, daß die „Industrie-Zeitung“ die gefällige Artikulation der reaktionären „Südwestdeutschen Wirtschaftskorrespondenz“ auch in ihren „gewählten“ Ansprüchen wieder gibt. Die Arbeitslosenversicherung in Straßburg hat an Arbeitslosenunterstützung nicht einmal die 5000 Mark gebraucht, die hierfür in den Etat eingekalkuliert waren. Unter den Unterstützten befindet sich wahrscheinlich nicht ein einziger Arbeiter, der im Kohlenbergbau als Pauer zu verwenden wäre, ja vielleicht nicht einmal ein Süttenarbeiter. In St. St. gab es im letzten Winter 1433 von der Stadt-Königlichen Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit unterstützte Arbeiter, auf jeden einzelnen entfielen durchschnittlich 43,22 Mk. Die meisten Arbeitslosen dieser Art gehören dem Saisongewerbe (Maurer und Handlanger im Baugewerbe) an und waren daher zum größeren Teile auch durchaus ungeeignet, als Berg- oder Süttenarbeiter Verwendung finden zu können. Gegenüber diesen Tatsachen wird nun von der reaktionären Korrespondenz behauptet, daß es im großen und ganzen Arbeitslose nur gegeben habe in den Städten, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, und deshalb das „arbeitscheue Gefindel“ in sich anammeln, „das lieber mit 2 Mk. darbt, als für 4 Mk. den Tag arbeitet“. Wenn es keine Arbeitslosenunterstützung gäbe, so gäbe es nach diesem Schmierfinken auch keine Arbeitslose, denn die Arbeitslosenunterstützung züchtet erst die Arbeitslosen und damit die Arbeitslosen.

Wirklich traurig, daß ein Blatt, das auf Ansehen hält, sich dazu hergeben konnte, diesen erbärmlichen Schmutz in seine Spalten aufzunehmen.

Meister, das Werk ist fertig, wo soll ich es nun zu Hüten beginnen? Die Fahrkartenerhöhung, die erneut von der Reichstagsmehrheit angenommen worden ist, obgleich die Regierung sie aufgehoben wollte, soll jetzt einer „Reform“ unterzogen werden. Auch diese Reform ist darauf zugeschnitten, die Zahlungsfähigen zu entlasten und die armen Leute zu belasten. Die Steuer hat nämlich die Wirkung gehabt, daß viele Leute, die früher in der 2. Klasse fuhren, zur 3. übergegangen sind, weil ihnen die Steuer und der Schnellzugzuschlag das Fahren in 2. bzw. 1. Klasse zu teuer machten. Jetzt sollen alle Klassen, auch die 4. Klasse, die bisher von der Steuer frei gehalten wurde, mit einem 3/4-prozentigen Zuschlag zum Fahrkartenspreis gleichmäßig belastet werden. Bei der 4. Klasse sollen nur noch die Fahrkarten im Nahverkehr bis zum Preise von 1 Mk. steuerfrei bleiben. Auf diese Weise hofft man zu erreichen, daß die zahlungsfähigen Leute wieder in der 2. Klasse fahren, indem man ihnen das Reisen wieder etwas verbilligt. Jedemfalls soll die gleichmäßige Belastung ohne Unterschied, ob die Leute reich oder arm sind, die Abwanderung von den höheren in die niederen Klassen verhindern.

Die Fahrkartenerhöhung blieb im ersten Jahre um 10 Millionen Mark hinter dem Vorschlag zurück. Man setzte den Vorschlag dann auf 24 Millionen Mark herab und muß nun leben, daß sie im letzten Jahre nur 18 Millionen Mark eingebracht hat. Mindestens ebenbürtig geht den Staaten aber verloren durch Verminderung der Einnahmen aus dem Personenverkehr. Statt diese Verkehrssteuer nun in die Volkslast zu werfen, wird sie zu Lasten der ärmeren Bevölkerung „reformiert“. Gerechtigkeit, treibt die Sache nicht zu weit. Der Horn des Volkes ist ohnehin bereits stark genug angefüllt!

Arbeiterbewegung. In Erfurt traten die Glasergewerkschaften in den Ausstand, weil die Arbeitgeber den Tarif kündigten und die geforderte Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde abgelehnt haben. — Die Lohnbewegung der Fabrikarbeiter, Maschinisten und Heizer in Mannheim dauert noch an. Die Arbeitnehmer haben das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. — Der Streik der Bauarbeiter in Landeshut (Schlesien), der bereits fünf

Wochen dauerte, ist ohne Erfolg für die Arbeiter beendet worden. — Die Faulenpauer-Bewegung in Berlin ist gleichfalls aufgehoben worden, ohne den Arbeitern nennenswerte Verbesserungen zu bringen. Da sowohl der Schiedsspruch des Gewerbegerichts als auch die mit den Arbeitgebern vereinbarten Arbeitsbedingungen als unannehmbar von den Streikenden abgelehnt wurden, auch ein besseres Resultat nicht erzielt werden konnte, beschloßen die Arbeitnehmer, ohne Tarifverneuerung die Arbeit aufzunehmen. — In Meisse haben die Tischler ihr Arbeitsverhältnis gekündigt. Die Forderungen: Verkürzung der Arbeitszeit von 58 auf 57 Stunden und Lohnerhöhung von 3 Pf. bis 1910 und weitere 2 Pf. von da ab bis 1912 wurden von den Arbeitgebern abgelehnt. Auch meiden sie jede mündliche Aussprache mit der Lohnkommission. — Der Streik der Steinbrucharbeiter in Mühlbach (Waden), über dessen Beendigung wir bereits in voriger Nummer berichteten, hat zum Abschluß eines Lohntarifs bis 15. Juli 1913 geführt. Die Lohnverhältnisse sind geregelt worden und für die verschiedenen Jahreszeiten vertraglich festgelegt. Für Steinmehlgewerkschaften beträgt der Tagelohn in der ersten Klasse 4,20 Mk.; in der 2. 3,70 Mk.; in der zweiten 4 Mk. bis 2,40 Mk.; in der dritten 3,80 Mk. bis 2,20 Mk. und in der vierten Lohnklasse 3,60 Mk. bis 2 Mk. Die Aufwandsarbeiten im Winter werden mit 2 Mk. bis 2,30 Mk. Tagelohn entschädigt. — In Gagen wurde im Holzgewerbe ein Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Lohnerhöhung und eine Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 54 Stunden vorsieht. — Die Tischler in Eisen verlangen Verkürzung der Arbeitszeit von 56 auf 54 Stunden und Erhöhung der Stundenlöhne um 4 Pf. sowie Anerkennung des allgemeinen Tarifvertrages. — Die Damen Schneider und Schneiderrinnen in Leipzig sind in eine Tarifbewegung eingetreten.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ des Abgeordneten Sieberts gibt sich Mühe, die katholischen Arbeiter über seinen und seiner Partei Umfall zu beruhigen.

Die Zentrumsparthei stand vor der Wahl: entweder eine Lösung der Reichsfinanzreform mit den konservativen Parteien zu finden und zu beenden, oder — sich selbst aufzugeben. Diese Perspektive soll sich namentlich in den letzten Wochen mit absoluter Sicherheit gezeigt haben. Daß die Partei die Wahl im Sinne einer zu politischer Arbeit gewillten und fähigen Partei entschied, müssen auch wir verstehen. Und können es. Im politischen Leben spielen eben noch ganz andere Dinge mit, Erwägungen, über deren Richtigkeit und Nichtigkeit eigentlich erst die Geschichte entscheiden kann. Die Gründe, die den Führern unserer Zentrumsparthei zwingend erschienen, so zu handeln, wie sie getan, schließen auch unser Interesse als katholische Arbeiter mit ein. ... Das Vertrauen zu unserer Zentrumsparthei braucht darum keine Einbuße zu erleiden und wird es auch nicht, zumal die Abspaltung der katholischen Arbeiterpartei mit der Zentrumsparthei tiefer wurzelt, wie in einer bloßen Nebereinstimmung nach der sozialen Seite hin.

Jede Bemerkung hierzu würde die vergnügliche Wirkung dieser schönen Verteidigung des Umfalles abwachen.

Noch lustiger treibt es aber das Organ der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, der Münchner „Arbeiter“. Dieses Blatt weiß die finstere Nacht zum hellen Tag zu wandeln, indem es bündig „beweist“, wie vorteilhaft doch zuguterlegt die erhöhte Steuerbelastung des kleinen Mannes ist. Es schreibt nämlich:

„Wir haben gerade keinen Anlaß, uns zu bedanken für die Steuererhöhung, die man uns aufzubürdet — der zahlen muß, erträgt überhaupt nicht gerne in Danbarkeit —, wir haben aber auch keinen Grund, gar zu sehr erboht zu tun, daß und wie wir zur Steuerleistung herangezogen wurden. Es hat schon das eine Gute, daß derjenige, der bezahlt, auch den Mund aufmachen darf, und nicht immer mit-leidig als der unfähige Mensch angesehen wird, der nur durch die Unterstützung der reichen Leute in den Stand gesetzt wird, im Staatswesen sich fortzusetzen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, ist vielleicht diese neue Steuerbelastung des kleinen Mannes und nicht zuletzt auch des Arbeiters noch ein Vorteil: seine Unabhängigkeit und die Achtung der Wesigenden vor ihm wird zunehmen.“

Nun werden sich die Arbeiter vor lauter Freude darüber, daß sie die Steuern bezahlen dürfen, gar nicht mehr zu lassen wissen. Was ist allein schon die Achtung wert, die sie dadurch sich bei den reichen Leuten erwerben! Junge, Junge, Junge, was wä wir noch Spaß änden, wenn gar kein Braud mehr von den Dicks kommt. Wi lämet dann allein wan da Achtung, de ritte Lü vor us het.

Spätig ist auch eine Zentrumskorrespondenz für kleinere Zeitungen, die auseinanderlegt, daß

man die neuen Lasten durch Fleiß und Spar-samkeit ausgleichen müßte. Man müsse sich in dem Verbrauch von Genusmitteln eben einschränken. Das sei zwar nicht angenehm, aber es gebe doch noch „viel schwerere Bemühungen und schlimmere Leibel auf dieser Welt“. Natürlich, der Himmel könnte einstürzen und alle Spazn totschlagen!

Auf dem in dieser Woche in Köln a. Rh. tagenden christlichen Gewerkschaftskongress hielt Staatsminister Dr. Freiherr v. Berlepsch eine beachtenswerte Rede über die Aufgaben der Arbeiterberufvereine. Wir haben hieraus hervor:

„Ueber alle einzelnen Aufgaben hinaus ist die Hauptaufgabe einer Gewerkschaft heute die, die materielle und ideelle Lage der Lohnarbeiter und ihre Stellung in der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung den Ansprüchen entsprechend zu gestalten, welche Gerechtigkeit, Billigkeit und eine voraussetzende Politik in der Gegenwart und in einem Volke und Staatswesen von so hoher Kultur, wie es das deutsche ist, an die Lage einer an Zahl und Kraft so bedeutenden Schicht der Bevölkerung stellen. Dieser Hauptfrage müssen alle Einzelfragen unterstellt werden. Auf verschiedenen Wegen bewegt sich auch in Deutschland die Lösung dieser Frage: auf dem der Arbeiterversicherung, des Arbeiterhauses und der Maßnahmen zur Herstellung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Die Gesetzgebung kann aber dem Arbeiter nicht alles geben. Daneben muß Selbsthilfe einhergehen. Dieser Selbsthilfe, das heißt den Organisationen der Arbeiter, bleibt ein weites Gebiet zur Verbesserung der Lage der Arbeiter überlassen. Man wies diesen Arbeiterorganisationen vor, daß sie keine Kampforganisationen seien, daß sie ins Leben gerufen seien, um den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit im Wege des wirtschaftlichen Kampfes zum Austrag zu bringen. Das ist unrichtig. Gewiß haben sie sich die Aufgabe gestellt, Forderungen, die sie für berechtigt halten, außerdemfalls auch im Wege des Kampfes durchzusetzen. Aber doch nur äußerstenfalls, wenn andere Mittel und Wege versagen. Das beweist die Fähigkeit von friedlicher Beilegung von Streitigkeiten und das ständige Drängen der Arbeiter nach dem Abschluß von Tarifverträgen. Nicht genug zu bekennen ist die Zersplitterung der Arbeitererschaft in verschiedenen Organisationen. Sie muß zuerst als unabhängig und sozialdemokratischen Organisationen in Frage treten. Erneut anregen möchte ich, daß Sie mit den kirchlichen Dunderschen Gewerkschaften einen Zusammenschluß finden.“

Es ist sehr interessant, daß das christlich-soziale „Reich“ die Bemerkung des Redners, daß die christlichen Gewerkschaften mit den Deutschen Gewerbevereinen einen Zusammenschluß finden möchten, aus dem Bericht gestrichen hat. In der Diskussion hat der Redakteur Zimlich von „unwürdigen Machenschaften“ gesprochen, die von den kirchlich-Dunderschen und sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen die christlichen Gewerkschaften inszeniert worden wären. Wir fordern den Herrn Zimlich auf, dafür den Beweis anzutreten, wenn er sich nicht den Vorwurf der bewussten Verleumdung machen lassen will. Oder nennt Herr Zimlich das „eine unwürdige Machenschaft“, wenn wir das Verhalten christlicher Gewerkschaftsführer in der sogenannten Finanzreform festnageln? Die Feststellung einer Tatsache kann doch keine unwürdige Machenschaft sein.

Gewerbereins-Teil.

8 Cannstatt. Am Mittwoch, den 7. Juli, hielt der Ortsverband Stuttgart-Cannstatt eine über Erwartung gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in welcher unser Kollege, Arbeitersekretär Fuchs, einen Vortrag hielt über die neue „Reichsversicherungsordnung“. Der Redner legte die Vor- und Nachteile, die uns diese bringen wird, dar. Nach einer lebhaften Diskussion gelangte nachgehende Resolution einstimmig zur Annahme, und soll dieselbe unserem Reichstagsabgeordneten Dr. Dieber übermittelt werden:

„Die am 7. Juli in Cannstatt im „Löwen“ tagende Versammlung scheidet in dem vom Reichsanwalt des Innern vorgelegten Entwurf einer Reichsversicherungsordnung das Bestreben der Regierung, eine brauchbare Grundlage zur Vereinfachung der staatlichen Versicherung zu finden. Die Versammlung fordert, daß der versicherungspflichtige Jahresarbeitsverdienst bei allen Versicherungsarten auf mindestens 3000 Mark erhöht wird, Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, Dienstboten usw. sollen mit in die Versicherung einbezogen werden. Für die Krankenkasse eine wesentliche Erhöhung der Mindestleistung, die Erhaltung des Selbstverwaltungsrechts, die Wahl des Vorsitzenden in den Ortskrankenkassen nach dem System der einfachen Mehrheit. Obligatorische Einführung der Verhältniswahl zur Generalversammlung der Ortskrankenkassen, Zulassung der freien Hilfskassen als Ersatzkassen ohne Rücksicht auf die Höhe der Mitgliederzahl. Die Familienversicherung muß in der Krankenversicherung festgelegt werden. — In der Invalidenversicherung soll die Altersgrenze auf mindestens 65 Jahre herabgesetzt werden. Dieselbe soll ausgebildet werden durch Anfügen höherer Lohnklassen, daß auch Privatbeamte, Techniker, Werkführer und Arbeiter, in gehobener Stellung befindend, sich ver-

heftig dagegen gewettert, daß wir seit einigen Jahren Einnahmen, Ausgaben und Vermögen im Gewerbeverein und in allen Klassen nebeneinander stellen. Wäre sie nicht vom Reid verblendet, könnte sie uns eher Vorwürfe machen, daß wir nicht schon viel früher so verfahren sind. Wenn sich die christlichen Gewerkschaften Mitglieder usw. zählen, die nicht zu ihnen gehören, nicht einmal zu ihnen gehören wollen, dann halten sie das für selbstverständlich und richtig. Und haben es seit Jahren mit den „außerhalb des Gesamtverbandes stehenden christlichen Arbeiterorganisationen“ so getrieben. Führen die Gewerkschaften Gelder mit auf, die ihre Mitglieder an sie, d. h. an aufs anst mit den Gewerkschaften in Verbindung stehende Klassen zahlen, dann soll das Vorpiegelung falscher Tatsachen sein. Auch für die Berechnung des Gesamtvermögens gilt das. Daß Kranken- und Sterbefällenvermögen nicht ohne weiteres für Gewerkschaftszwecke verwendet werden kann, wußte sogar „der kleine Junge“, der in einer großen Bergarbeitervereinigung einen falschen Kassenausschluß veröffentlicht hatte. Dies Schicksal teilt das Kranken- und Sterbefällenvermögen aber mit den Geldern, die z. B. der sozialdemokratische Metallarbeiterverband für zwei eigene Verbandshäuser (Stuttgart und Berlin) mit eigenen Druckereien festgelegt hat. Ähnlich der christliche Gewerkschaften der Bergarbeiter und der sozialdemokratische Bergarbeiterverband. Von Klamotten, alten Maschinen und Tapeten kann z. B. auch kein sozialdemokratischer Metallarbeiterverbänder während eines Streiks leben.

Ministerwechsel in Frankreich.

Ein Ministerwechsel in Frankreich hat auch für die deutschen Arbeiter großes Interesse. In der französischen Republik kommen selbst die radikalsten Elemente in die Regierung und das letzte Ministerium Clemenceau war ein ganz besonders radikales. Der Ministerpräsident selbst war ein Revolutionär und zwei andere Minister waren entschiedene Sozialisten. Einer von diesen, Briand, hat sich übrigens so behauptet, daß er alle Aussicht hat, in dem neuen Ministerium die Führung zu bekommen. Freilich, weder Clemenceau noch Briand noch Viviani, haben von ihren ehemaligen Ansichten nichts zur Geltung gebracht. Ganz im Gegenteil. Nur ihre Vergangenheit war revolutionär, in ihren ministeriellen Handlungen gleichen sie zumeist eher rechts- als linksstehenden Politikern. Zweifellos war aber Clemenceau, wenn auch kein Staatsmann, so doch ein sehr geschickter Mensch, der es bis dahin auch immer rechtzeitig genug merkte, wenn ihm von seinen Gegnern ein Bein gestellt wurde. Als man ihm in der Kammer einmal den Vorwurf machte, daß er keine seiner politischen Versprechungen gehalten habe, stellte er mit seiner Ironie die Frage, welche Regierung denn jemals ihre Versprechungen gehalten habe? Man nannte ihm einmal einen Tagespolitiker, dem der große Zug fehle, denn er lebe nur von der Hand in den Mund. Zeigen sie mir ein Ministerium, das je anders gelebt hätte, war seine Antwort.

In der Debatte über die Marinefrage erreichte nun auch ihn sein Schicksal. In der französischen Marine folgte ein Unglücksfall dem anderen. Abg. Delcassé, der unter Clemenceau selbst noch Minister gewesen war, damals aber bei der Marokkoffäre von seinem Sessel fiel, hatte die Kammer hinter sich, als er eine gründliche Untersuchung der Ursachen für die Unfälle in der Marine verlangte. Als Minister wollte Delcassé die Engländer engagieren zu einem gemeinsamen Kriege gegen Deutschland. Das kam noch rechtzeitig in die Öffentlichkeit und so war es für ihn zu Ende mit der Ministerherrlichkeit. Clemenceau hatte ihn gestürzt. Nun konnte er Macho nehmen. Die Untersuchungskommission über die Angelegenheiten der Marine stellte allerdings merkwürdige Dinge fest. Inbes war es unrecht, dafür das gegenwärtige Ministerium allein verantwortlich zu machen. Die Sachen lagen genau so auch schon unter etlichen der vorhergegangenen Ministerien. In der Debatte wurden die Dinge noch schärfer pointiert. So wurde darauf hingewiesen, daß ein Minenschiff von 18 000 Tonnen in Frankreich 11-12 Millionen Mark mehr koste als in England. Ein anderer wieder wies darauf hin, daß Frankreich Schiffe besitze, die aber entweder keine Kanonen, oder aber die Kanonen keine Munition hätten. Es bestände eine so große Unordnung und Desorganisation in der Marineverwaltung, daß die Marine auch nicht die geringste Garantie für die Schlagfertigkeit der Seearmee böte.

Die Regierung versprach, es sollte alles in bester Weise erledigt werden. Eine Tagesordnung, mit welcher die Feststellungen der Unter-

suchungskommission anerkannt und ihre Forderungen gebilligt wurden, in der aber auch das Vertrauen zum Ausruhr kam, daß die Regierung die Marine reorganisieren werde, fand nicht die Priorität vor derselben Tagesordnung, die noch den Ausdruck des Bedauerns darüber enthielt, daß die Regierung bisher nichts getan habe, um den Zustand zu bessern. Clemenceau verlangte die Annahme der Tagesordnung ohne Tadel und warf Delcassé, dessen Rat schläge er ablehnte, vor, „daß Delcassé als Minister eine Politik gemacht habe, die Frankreich zur tiefsten Erniedrigung geführt habe“. Diese Bemerkung verletzete das in jedem Franzosen stark entwickelte nationale Empfinden der Deputierten. Zur Abstimmung über die eine der beiden Tagesordnungen selbst kam es gar nicht. Die von der Regierung verlangte Priorität (gleich Vorzug in der Abstimmungsfolge) für die Tagesordnung ohne Tadelstimmum wurde mit 212 gegen 176 Stimmen abgelehnt. Darauf erhoben sich unter Führung von Clemenceau sämtliche Minister und verließen den Saal.

Das französische Parlament hat 590 Mitglieder, im Sitzungssaale ist Platz für die Hälfte. Dieser Umstand mag es veranlaßt haben, daß es nach der Geschäftsordnung zulässig war, sich bei der Abstimmung durch einen Kollegen vertreten zu lassen. Auch wenn nur ganz wenige Abgeordnete an den Verhandlungen teilnahmen, wies die Gesamtstimmzahl doch immer 590 Stimmen auf. Ein Mitglied der Fraktion konnte gleich für seine sämtlichen Fraktionskollegen die Stimmzettel auf einmal abgeben. Die Lässigkeit sehr vieler Abgeordneter beschränkte sich daher darauf, die 15 000 Frs. Jahresdiäten zu kassieren. Die reaktionäre Presse arbeitete nun seit Jahren daran, das radikale Parlament bei der Wählerschaft in Mißkredit zu bringen. Es wies darauf hin, daß die guten Wähler sich sehr irrtun wenn sie glaubten, daß ihr Abgeordneter sich im Schwelge seines Angeichts um ihr oder des Staates Wohl bemühe. Eine ganze Reihe von Namen wurden genannt, deren Träger irgendwo ihre Diäten bezöchten, sich aber um das Parlament überhaupt nicht kümmerten. Freilich, wir können nicht sagen, daß so etwas bei uns nicht vorkäme. Im Preussischen Landtag gibt es eine grobe Zahl von Leuten, die es ebenso macht. Im Deutschen Reichstage müssen sich die Vertreter des Volkes einer Kontrolle unterziehen, die ungefähr gleichkommt der Markenkontrolle an den Fabrikeingängen. Jeder Abgeordnete muß sich in eine Liste einzeichnen, und auch dann, wenn er dies getan hat, aber an einem an demselben Tage stattfindenden namentlichen Abstimmung nicht teilgenommen hat, werden ihm die Diäten für diesen Tag gestrichen. Diese Kontrolle stellt ein häßliches Mißtrauen dar gegen Männer, die durch das Vertrauen der Wähler Abgeordnete geworden sind. Leider ist das Mißtrauen berechtigt, denn es würde auch M. d. R. geben, die ruhig die Diäten einstecken, ohne das Mandat durch Anwesenheit auszuüben.

Und nun hat vor wenig Tagen, nämlich am 17. Juli, die französische Kammer die gleiche Kontrolle eingeführt. Das wäre niemals beschlossen worden, wenn die Abgeordneten alle persönlich an der Sitzung teilgenommen hätten. Jetzt konnten so die Stimmen der abwesenden Abgeordneten noch durch die von ihnen Beauftragten abgegeben werden. Mit 495 gegen 14 Stimmen wurde der anfänglich gar nicht ernst gemeinte Antrag, an jedem Sitzungstage auf den Tisch rechts und links vom Präsidenten Präsenzialisten aufzulegen, die von den anwesenden Mitglidern unterzeichnet und im „Staatsanzeiger“ nach dem Sitzungsbericht veröffentlicht werden müssen, angenommen. Anwesend waren 299 Deputierte. Die Sache wurde noch verschärft durch die Annahme eines weiteren Antrages, daß bei einer Abstimmung nur diejenigen Stimmen der Deputierten gültig sind, die sich in die Präsenzialiste einzeichnen haben. Von nun an können auch die französischen Wähler den Eifer ihrer Abgeordneten genau kontrollieren.

Welche Wirkungen diese Neuerung haben kann, zeigt zunächst der Sturz des Ministeriums Clemenceau. Gätten, wie dies noch vor dem 17. Juli möglich gewesen wäre, die Anwesenden auch für die abwesenden Abgeordneten mitstimmen können, so wäre das Ministerium Clemenceau vielleicht noch heute in Funktion.

Zieht man die Bilanz des verfloffenen Ministeriums, das drei Jahre und vier Monate Frankreich regierte, so muß festgestellt werden, daß von den guten Absichten, die Clemenceau mitbrachte, nichts bewirkt worden ist. In seinem Regierungsprogramm wollte er gar vieles verwirklichen von dem, was der Radikalismus anstrebte. Steuerreform mit gerechter Verteilung

der Lasten, Vereinfachung der Verwaltung, Reform des Wahlrechts, Beamtengeles, Einführung einer Arbeiterversicherung, Aufhebung der Todesstrafen und der Kriegsgerichte, Verstaatlichung der Eisenbahn usw. Verwirklicht worden ist nur die Verstaatlichung eines Teils der Eisenbahnen, nämlich der Westbahn. Und das ist so schlecht ausgeführt worden, daß es wohl kaum zu weiteren Verstaatlichungen kommen wird. Die Stimmung dafür ist jedenfalls unter Null gedrückt worden. Alle übrigen guten Absichten sind entweder solche geblieben, oder sie beschäftigen noch die Kammer oder den Senat oder sie sind schon vorab ganz abgetan.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 23. Juli 1909.

Vom Kampfe für die Verhältniswahl bei den Gewerbegerichten. In Danzig ist auf Antrag uneres Ortsverbandes das Verhältniswahlsystem zu dem dortigen Gewerbegericht eingeführt und kommt bei den nächsten Wahlen im Laufe dieses Jahres zur Anwendung. In einer Vollsitzung der Gewerbegerichtsbeisitzer haben die Arbeitgeber einstimmig und von den 25 Arbeitgeberbeisitzern 9 ihre Zustimmung zur Verhältniswahl erteilt. Das vorgesehene Statut für das System der gebundenen Listen ist nach Berliner Art. Die Namen der Kandidaten dürfen auf den Wahlszetteln überhaupt nicht genannt werden, sondern nur die Nummern der Listen. Interessant und wichtig ist es auch, wie die Frage der Wählerlegitimation geregelt ist. Der Magistrat hat sich auf unsern Vorschlag dem Leipziger System angeschlossen, d. h. es werden von Amts wegen Postkarten ausgegeben, auf die jeder einzelne Wähler seine Personalien zu schreiben hat. Diese Postkarte sendet er dem Magistrat ein, der stellt daraus eine Wählerliste zusammen und übermittelt die Karte nun mit Ordnungsnummer versehen, wieder den Wählern. Diese Karte nilt am Wahltage als Legitimation.

Interessant sind auch die Kämpfe um das Verhältniswahlsystem in Samburg. Auch dort hatten unsere Kollegen den Antrag auf Einführung der Verhältniswahl gestellt. Als der Antrag in der Bürgerschaft zur Verhandlung kam, waren anfänglich die meisten Parteien bereit, dafür zu stimmen, auch der sozialdemokratische Redner erklärte sich für das Verhältniswahlsystem, fügte aber hinzu: „Was wir auf der Arbeiterteite verlieren, das werden wir auf der Arbeitgeberseite doppelt gewinnen.“ Das brachte die Arbeitgeberelemente in den Parteien um Wanken, sie überließen die ganze Frage einem Ausschuss, in dem nun die Sache vermutlich begraben wird, d. h. wenn sich inzwischen nicht unsere Kollegen energisch für die weitere Vertagung des Antrages ins Zeug legen.

Wir leben in einer glücklichen Zeit, Arbeitslosigkeit gibt es nicht, im Gegenteil, es fehlt überall an Arbeitern, wenn die Arbeiter bloß nicht so „arbeitslos“ wären. So sieht es gegenwärtig auf dem Arbeitsmarkte aus, wenn man für wahr hält, was die „Deutsche Industriezeitung“ mündlich veröffentlicht:

Angehliche Arbeitslosigkeit. Einer der bemerkenswertesten Züge in den Berichten der amtlichen Handelsvertretungen über das Wirtschaftsjahr 1908 ist die Meldung, daß kaum irgendwo die Löhne nennenswert zurückgegangen sind. Derselbe Zug wird in den wirtschaftlichen Schriften der sozialdemokratischen Revisionisten hervorgehoben. Sie schreiben in der Stärke der Arbeitervereinigungen zu. In Wirklichkeit erklärt er sich aus der Tatsache, daß in vielen Bezirken eher Lohnarbeiter mangel als Lohnarbeiterüberschuß war, daß zahlreiche Betriebe im Jahre 1908 ihre Lohnarbeiterzahl vergrößert haben, statt sie herabzusetzen, und daß in manchen Gegenden nicht einmal die Nachfrage nach Lohnarbeitsträften befriedigt werden konnte. Arbeitslosigkeit, so lesen wir in der „Südwestdeutschen Wirtschafts-Korrespondenz“, gab es im großen und ganzen nur in denjenigen Städten, welche sogenannte Arbeitslosenunterstützungen zahlten. Dort sammelt sich naturgemäß das arbeitsscheue Gesindel, das lieber mit 2 Mark den Tag darbt, als für 4 Mark den Tag arbeitet. Die Arbeitslosenunterstützung züchtet erst die Arbeitsscheuen und damit die Arbeitslosen. Während Köln und Straßburg sich leider den Luxus gestatten, ein paar Tausend Arbeitsscheue aus öffentlichen Mitteln zu füttern, leidet das übrige beiben gelegene südwestdeutsche Kohlen- und Eisengebiet an Lohnarbeitermangel. 1908 ist nicht nur die Belegschaft des staatlichen Steinkohlenbergbaues an der Saar erheblich vermehrt worden (um 2290), sondern auch die Belegschaft der oberschlesischen Kohlengruben, der südwestdeutschen Eisenhütten und des Lothringer Kinnetbergbaues, und um das zu erreichen, haben von allen Seiten Lohnarbeitkräfte herangezogen werden müssen. Trotzdem ist das nicht in

dem erforderlichen Maße gelungen. Obwohl im Vohringer Nuettebegebiet Durchschnittslöhne von 6,50 Mark für Dauer bezahlt werden, ist es bisher nicht möglich gewesen, der Nachfrage nach Bauern zu genügen. Auch an sonstigen Lohnarbeitern herrscht durchaus Mangel. Das galt schon von dem ganzen Winter 1908/09 und gilt von der Gegenwart in verstärktem Maße. Ob die Sozialfunktionalität endlich lernen wird, darauf zu verzichten, mit ihren Mitteln im Wirtschaftsleben herumzuspielen und ihm das Schaffen zu erschweren?

Nur ein vom tiefsten Haß gegen die Arbeiter befehlter Mensch kann dieses Zeug geschrieben haben. Mindestens hätte man erwarten dürfen, daß ein Mensch, der mit soviel souveräner Sicherheit Behauptungen aufstellt, die Dinge etwas genauer geprüft hätte. Bedauern müssen wir es lebhaft, daß die „Industrie-Zeitung“ die gefällige Darstellung der reaktionären „Südwestdeutschen Wirtschafts-Korrespondenz“ auch in ihren „gewöhnlichen“ Ausdrücken wieder gibt. Die Arbeitslosenversicherung in Strazburg hat an Arbeitslosenunterstützung nicht einmal die 5000 Mark gebraucht, die hierfür in den Etat eingestellt waren. Unter den Unterstützten befindet sich wahrscheinlich nicht ein einziger Arbeiter, der im Kohlenbergbau als Bauer zu verwenden wäre, ja vielleicht nicht einmal ein Gürtelarbeiter. In Köln gab es im letzten Winter 1433 von der Stadt-Kölnischen Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit unterstützte Arbeiter; auf jeden einzelnen entfielen durchschnittlich 43,22 Mk. Die meisten Arbeitslosen dieser Art gehören dem Baugewerbe (Maurer und Handlanger im Baugewerbe) an und waren daher zum größeren Teile auch durchaus ungeeignet, als Berg- oder Gürtelarbeiter Verwendung finden zu können. Gegenüber diesen Tatsachen wird nun von der reaktionären Korrespondenz behauptet, daß es im großen und ganzen „Arbeitslose nur gegeben habe in den Städten, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen“ und deshalb das „arbeitslose Gefindel“ in sich ansammeln, „das lieber mit 2 Mk. darbt, als für 4 Mk. den Tag arbeitet“. Wenn es keine Arbeitslosenunterstützung gäbe, so gäbe es nach diesem Schmierfinken auch keine Arbeitslose, denn die Arbeitslosenunterstützung züchtet erst die Arbeitslosen und damit die Arbeitslosen.

Wirklich traurig, daß ein Blatt, das auf Ansehen hält, sich dazu hergeben konnte, diesen erbärmlichen Schmutz in seine Spalten aufzunehmen.

Meister, das Werk ist fertig, wo soll ich es nun zu finden beginnen? Die Fahrartensteuer, die erneut von der Reichstagsmehrheit angenommen worden ist, obgleich die Regierung sie aufheben wollte, soll jetzt einer „Reform“ unterzogen werden. Auch diese Reform ist darauf zugeschnitten, die Zahlungsfähigen zu entlasten und die armen Leute zu belasten. Die Steuer hat nämlich die Wirkung gehabt, daß viele Leute, die früher in der 2. Klasse fuhren, zur 3. übergegangen sind, weil ihnen die Steuer und der Sammelzugzuschlag das Fahren in 2. bzw. 1. Klasse zu teuer machten. Jetzt sollen alle Klassen, auch die 4. Klasse, die bisher von der Steuer frei gehalten wurde, mit einem 3%prozentigen Zuschlag zum Fahrkartenpreis gleichmäßig belastet werden. Bei der 4. Klasse sollen nur noch die Fahrarten im Nahverkehr bis zum Preise von 1 Mk. steuerfrei bleiben. Auf diese Weise hofft man zu erreichen, daß die zahlungsfähigen Leute wieder in der 2. Klasse fahren, indem man ihnen das Reisen wieder etwas verbilligt. Jedenfalls soll die gleichmäßige Belastung ohne Unterschied, ob die Leute reich oder arm sind, die Abwanderung von den höheren in die niederen Klassen verbüten.

Die Fahrartensteuer blieb im ersten Jahre um 10 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurück. Man setzte den Voranschlag dann auf 24 Millionen Mark herab und muß nun sehen, daß sie im letzten Jahre nur 18 Millionen Mark eingebracht hat. Mindestens ebenfalls geht den Staaten aber verloren durch Verminderung der Einnahmen aus dem Personenverkehr. Statt diese Verkehrssteuer nun in die Volkslast zu werfen, wird sie zu Lasten der ärmeren Bevölkerung „reformiert“. Herrschaften, treibt die Gade nicht zu weit. Der Horn des Volkes ist ohnehin bereits stark genug angequollen!

Arbeiterbewegung. In Erfurt traten die Glasergehilfen in den Ausstand, weil die Arbeitgeber den Tarif kündigten und die geforderte Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde abgelehnt haben. — Die Lohnbewegung der Hafenarbeiter, Maschinisten und Heizer in Mannheim dauert noch an. Die Arbeitnehmer haben das Gewerbegericht als Ermittlungsamt angerufen. — Der Streik der Bauarbeiter in Landeshut (Schlesien), der bereits fünf

Wochen dauerte, ist ohne Erfolg für die Arbeiter beendet worden. — Die Bauklemperer-Bewegung in Berlin ist gleichfalls aufgehoben worden, ohne den Arbeitern nennenswerte Verbesserungen zu bringen. Da sowohl der Schiedspruch des Gewerbegerichts als auch die mit den Arbeitgebern vereinbarten Arbeitsbedingungen als unannehmbar von den Streikenden abgelehnt wurden, auch ein besseres Resultat nicht erzielt werden konnte, beschloßen die Arbeitnehmer, ohne Tarifverneuerung die Arbeit aufzunehmen. — In Reife haben die Tischler ihr Arbeitsverhältnis gekündigt. Die Forderungen: Verkürzung der Arbeitszeit von 58 auf 57 Stunden und Lohnerhöhung von 3 Pf. bis 1910 und weitere 2 Pf. von da ab bis 1912 wurden von den Arbeitgebern abgelehnt. Auch meiden sie jede mündliche Aussprache mit der Lohnkommission. — Der Streik der Steinbrucharbeiter in Mühlbach (Baden), über dessen Beendigung wir bereits in voriger Nummer berichteten, hat zum Abschluß eines Lohntarifs bis 15. Juli 1913 geführt. Die Lohnverhältnisse sind geregelt worden und für die verschiedenen Jahreszeiten vertraglich festgelegt. Für Steinmetzgehilfen beträgt der Tageslohn in der ersten Klasse 4,20 Mk.; in der zweiten 4 Mk.; in der dritten 3,80 Mk.; in der vierten 3,60 Mk.; in der fünften 3,40 Mk. Die Löhne der Arbeiter werden mit 2 Mk. bis 2,30 Mk. Tageslohn entkündigt. — In Gagen wurde im Holzgewerbe ein Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Lohnerhöhung und eine Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 54 Stunden vorsieht. — Die Tischler in Esfen verlangen Verkürzung der Arbeitszeit von 56 auf 54 Stunden und Erhöhung der Stundenlöhne um 4 Pf. sowie Anerkennung des allgemeinen Tarifvertrages. — Die Damen Schneider und Schneiderinnen in Leipzig sind in eine Tarifbewegung eingetreten.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ des Abgeordneten Giesberts gibt sich Mühe, die katholischen Arbeiter über keinen und keiner Partei Umfall zu beruhigen.

Die Zentrumspartei stand vor der Wahl: entweder eine Föjnung der Reichsfinanzreform mit den konservativen Parteien zu finden und zu beenden, oder — sich selbst aufzugeben. Diese Perspektive soll sich namentlich in den letzten Wochen mit absoluter Sicherheit gezeigt haben. Daß die Partei die Wahl im Sinne einer zu politischer Arbeit gewillten und fähigen Partei entschied, müssen auch wir verstehen. Und können es. Im politischen Leben spielen eben noch ganz andere Dinge mit, Erwägungen, über deren Berechtigung und Richtigkeit eigentlich erst die Geschichte entscheiden kann. Die Gründe, die den Führern unserer Zentrumspartei zwingend erschienen, so zu handeln, wie sie getan, schließen auch unser Interesse als katholische Arbeiter mit ein. ... Das Vertrauen zu unserer Zentrumspartei braucht darum keine Einbuße zu erleiden und wird es auch nicht, zumal die Vereinheit der katholischen Arbeiterkraft mit der Zentrumspartei tiefer wurzelt, wie in einer bloßen Übereinstimmung nach der sozialen Seite hin.

Jede Bemerkung hierzu würde die vernünftige Wirkung dieser schönen Verteidigung des Umfalles abschwächen.

Noch lustiger treibt es aber das Organ der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, der Münchner „Arbeiter“. Dieses Blatt weiß die finstere Nacht zum hellen Tag zu wandeln, indem es blühdig „beweist“, wie vorteilhaft doch zuguterlegt die erhöhte Steuerbelastung des kleinen Mannes ist. Es schreibt nämlich:

Wir haben gerade keinen Anlaß, uns zu bedanken für die Steuerkreuzer, die man uns aufbürdet — der zahlen muß, erträgt überhaupt nicht gerne in Dankbarkeit —, wir haben aber auch keinen Grund, gar zu sehr erbot zu tun, das und wie wir zur Steuerleistung herangezogen wurden. Es hat schon das eine Gute, daß derjenige, der bezahlt, auch den Mund aufmachen darf, und nicht immer mit-leidig als der unfähige Mensch angesehen wird, der nur durch die Unterstützung der reichen Leute in den Stand gesetzt wird, im Staatswesen sich fortzufretten. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, ist vielleicht diese neue Steuerbelastung des kleinen Mannes und nicht zuletzt auch des Arbeiters noch ein Vorteil: seine Unabhängigkeit und die Achtung der Bescheidenden vor ihm wird zunehmen.

Nun werden sich die Arbeiter vor lauter Freude darüber, daß sie die Steuern bezahlen dürfen, gar nicht mehr zu lassen wissen. Was ist allein schon die Achtung wert, die sie dadurch sich bei den reichen Leuten erwerben! Junge, Junge, Junge, was wär wir noch Spaß änden, wenn gar kein Brand mehr op den Tisch kömmt. Bi lämet dann allein wan da Achtung, de rife Bi! vor us het.

Späßig ist auch eine Zentrumskorrespondenz für kleinere Zeitungen, die auseinanderfetzt, daß

man die neuen Lasten durch Fleiß und Spar-samkeit ausgleichen müßte. Man müsse sich in dem Verbrauch von Genussmitteln eben ein-schränken. Das sei zwar nicht angenehm, aber es gebe doch noch „viel schwerere Heimlichungen und schlimmere Unheil auf dieser Welt“. Natürlich, der Dummel könnte einstürzen und alle Späßen totschlagen!

Auf dem in dieser Woche in Köln a. Rh. tagenden christlichen Gewerkschaftskongress hielt Staatsminister Dr. Freiherr v. Berlepsch eine beachtenswerte Rede über die Aufgaben der Arbeiterberufvereine. Wir heben daraus hervor:

„Ueber alle einzelnen Aufgaben hinaus ist die Hauptaufgabe einer Gewerkschaft heute die, die materielle und ideelle Lage der Lohnarbeiter und ihre Stellung in der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung den Ansprüchen entsprechend zu gestalten, welche Gerechtigkeit, Billigkeit und eine voraussetzende Politik in der Gegenwart und in einem Volke und Staatswesen von so hoher Kultur, wie es das deutsche ist, an die Lage einer Zahl und Kraft so bedeutenden Schicht der Bevölkerung stellen. Dieser Hauptfrage müssen alle Einzelfragen unterstellt werden. Auf verschiedenen Wegen bewegt sich auch in unserem Land die Lösung dieser Frage: auf dem der Arbeiterversicherung, des Arbeiterzuges und der Maßnahmen zur Herstellung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Die Gesetzgebung kann aber dem Arbeiter nicht alles geben. Daneben muß Selbsthilfe einberichtet. Dieser Selbsthilfe, das heißt den Organisationen der Arbeiter, bleibt ein weites Gebiet zur Verbesserung der Lage der Arbeiter überlassen. Man wick diesen Arbeiterorganisationen vor, daß sie reine Kampforganisationen seien, daß sie ins Leben gerufen seien, um den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit im Wege des wirtschaftlichen Kampfes zum Austrag zu bringen. Das ist unrichtig. Gewiß haben sich die Aufgabe gestellt, Forderungen, die sie für berechtigt halten, außerortsfalls auch im Wege des Kampfes durchzusetzen. Aber doch nur äußerstenfalls, wenn andere Mittel und Wege versagen. Das beweist die Fähigkeit von friedlicher Forderung der Arbeiter nach dem Abschluß von Tarifverträgen. Nicht genug zu beklagen ist die Zersplitterung der Arbeiterkraft in verschiedenen Organisationen. Sie muß zurzeit als unabänderlich, angenommen werden, soweit die christlichen und sozialdemokratischen Organisationen in Frage stehen. Erneut anregen möchte ich, daß Sie mit den christlichen Gewerkschaften einen Zusammenschluß finden.“

Es ist sehr interessant, daß das christlich-soziale „Reich“ die Bemerkung des Redners, daß die christlichen Gewerkschaften mit den Deutschen Gewerbevereinen einen Zusammenschluß finden möchten, aus dem Bericht gestrichen hat. In der Diskussion hat der Redakteur Zimbusch von „unwürdigen Mächtigkeiten“ gesprochen, die von den Christen-Dunklerischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen die christlichen Gewerkschaften inszeniert worden wären. Wir fordern den Herrn Zimbusch auf, dafür den Beweis anzutreten, wenn er sich nicht den Vorwurf der bewußten Verleumdung machen lassen will. Oder nennt Herr Zimbusch das „eine unwürdige Mächtigkeiten“, wenn wir das Verhalten christlicher Gewerkschaftsführer in der sogenannten Finanzreform festnagelten? Die Feststellung einer Tatsache kann doch keine unwürdige Mächtigkeiten sein.

Gewerkevereins-Teil.

8 Gannstatt. Am Mittwoch, den 7. Juli, hielt der Ortsverband Stuttgart-Gannstatt eine über Erwartung gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in welcher unser Kollege, Arbeitersekretär Fuchs, einen Vortrag hielt über die neue Reichsversicherungsordnung. Der Redner legte das Vor- und Nachteile, die uns diese bringen wird, dar. Nach einer lebhaften Diskussion gelangte nachherige Resolution einstimmig zur Annahme, und soll dieselbe unserem Reichstagsabgeordneten Dr. Fieber übermittelt werden:

„Die am 7. Juli in Gannstatt im „Löwen“ tagende Versammlung sieht in dem vom Reichsamt des Innern vorgelegten Entwurf einer Reichsversicherungsordnung das Bestreben der Regierung, eine brauchbare Grundlage zur Vereinfachung der staatlichen Versicherung zu finden. Die Versammlung fordert, daß der versicherungspflichtige Jahresarbeitsverdienst bei allen Versicherungsarten auf mindestens 3000 Mark erhöht wird, Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, Dienstboten usw. sollen mit in die Versicherung einbezogen werden. Für die Krankenkasse eine wesentliche Erhöhung der Mindestleistung, die Erhaltung des Selbstverwaltungswerts, die Wahl des Vorstehenden in den Ortskrankenkassen nach dem System der einfachen Mehrheit. Obligatorische Einführung der Verbandsmäßigkeit zur Generalversammlung der Ortskrankenkassen, Zulassung der freien Hilfskassen als Ersatzkassen ohne Rücksicht auf die Höhe der Mitgliedszahl. Die Familienversicherung muß in der Krankenversicherung festgelegt werden. — In der Invalidenversicherung soll die Altersgrenze auf mindestens 66 Jahre herabgesetzt werden. Dasselbe soll ausgedehnt werden durch Anfügen höherer Lohnklassen, daß auch Privatbeamte, Techniker, Werkführer und Arbeiter, in gehobener Stellung befindend, sich ver-

